



AARGAUER KOMITEE · Postfach 2128 · 5001 Aarau

AARGAUER KOMITEE

WIRTSCHAFTSPOLITIK • VOLKSABSTIMMUNG

Telefon 062 837 18 32
info@aargauerkomitee.ch
www.aargauerkomitee.ch

Ort, Datum

Aarau, 24. Oktober 2018

Ansprechperson

Sarah Suter

Telefon direkt

062 837 18 06

E-Mail

sarah.suter@aihk.ch

F:\10_POLITIK\Abstimmungen_Wahlen\2018_SBI\Medienmitteilungen\Medienmitteilung_24.10.2018.docx

Medienmitteilung

AARGAUER KOMITEE «NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative»

Am 25. November 2018 stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» ab. Die Initiative ist unnötig; eine Annahme derselben wäre mit viel Rechtsunsicherheit für unser Land, unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft verbunden. Um die Vorlage abzuwehren, hat sich im Aargau ein breit abgestütztes, bürgerliches Komitee formiert.

Die sogenannte «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI) wurde von der SVP mit dem Ziel lanciert, einen klaren Vorrang des Landesrechts im Verhältnis zum Völkerrecht herbeizuführen. Bei Annahme der SBI müsste die Schweiz im Falle eines Widerspruchs zwischen Bundesverfassung und Völkerrecht in Zukunft nach einem starren Schema verfahren. Konkret müsste sie bei einem Konflikt versuchen, den betroffenen völkerrechtlichen Vertrag neu zu verhandeln. Und zwar so, dass sich dieser mit der Bundesverfassung wieder in Einklang bringen lässt. Scheitert eine solche Verhandlung, wäre die Schweiz gezwungen, den betroffenen völkerrechtlichen Vertrag nötigenfalls sogar zu kündigen.

Von wegen mehr Selbstbestimmung

Dieser von der SBI vorgegebene, starre Neuverhandlungs- bzw. Kündigungszwang macht uns aber – anders als der Titel der Initiative vorgibt – nicht etwa selbstbestimmter. Im Gegenteil: die Tatsache, dass die Schweiz bei einem Konflikt gezwungen wäre, Verträge in jedem Fall neu zu verhandeln und nötigenfalls zu kündigen, machte sie zunehmend abhängig vom Goodwill ihrer ausländischen Vertragspartner. Schlimmstenfalls könnte das auch zu einem für unser Land nachteiligen vertragslosen Zustand führen. Unsere Vertragspartner müssten nämlich damit rechnen, dass der Grundsatz «Verträge sind einzuhalten» für die Schweiz nur noch bedingt gilt. Dieser Umstand würde bestehende Vertragsverhältnisse belasten und zukünftige Vertragsverhandlungen erschweren.

Gegen Instabilität und Rechtsunsicherheit

Das Aargauer Komitee «NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative» wehrt sich gegen diese drohende Instabilität und bekämpft die SBI daher auf breiter Front: bis heute sind dem überparteilichen Komitee bereits rund fünfzig Aargauer Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik beigetreten. Hinzu kommt das breit abgestützte 12-köpfige Co-Präsidium, zu welchem neben Ständerat Philipp Müller und den Parteipräsidenten und Parteipräsidentinnen von BDP Aargau, CVP Aargau, EVP Aargau, FDP.Die Liberalen Aargau, Junge BDP Aargau, Junge CVP Aargau, jungfreisinnige aargau und jglp Aargau auch Vertreterinnen und Vertreter der Aargauer Wirtschaftsverbände AGV und AIHK zählen.

